www.industriesalon.de

Betriebszeitung der Werktätigen im VEB Werk für Fernsehelektronik

1. Dezemberausgabe
Nr. 49/89 – 40. Jahrgang
Preis: 0,05 M

Sonder

„Plattform WF"

Mit dem bevorstehenden außerordentlichen Parteitag muß die Parteibasis der SED ihre Partei zurückerobern. Wir haben diesen Sonderparteitag gegen die Führung der Wendepolitiker und gegen den ihnen hörigen Parteiapparat erzwingen müssen, und wir haben es getan. Wir haben ihn erzwungen, weil unsere Partei in ihrer gegenwärtigen Verfassung zu einer Gefahr für unser sozialistisches Heimatland geworden ist. Bis auf den heutigen Tag ist der massive Volksbetrug die bevorzugte politische Methode. Selbstherrlichkeit, Bereicherung und blinde Ignoranz sowie kompromißloses Beharren auf der Macht haben vieles von dem geschmälert, teils vernichtet, was das Volk der DDR in mehr als vierzig Jahren aufgebaut hat. Wir als Parteibasis haben angesichts dessen stillgehalten und nicht die Notwendigkeit revolutionärer Veränderungen beherzigt. Wir unterwerfen uns nicht mehr blinder Disziplin. Jetzt rühren wir uns. Die derzeitige Parteitagsvorbereitung führt nicht zur moralischen Säuberung und politischen Konsolidierung der Partei.

Der Parteiführung und dem sie stützenden Apparat entziehen wir unser Vertrauen, die jetzige Regierung stützen wir. Die Rettung der Partei liegt in ihrer kompromißlosen Erneuerung, die einer faktischen Neugründung gleichkäme.

Wir rufen die Kräfte in der Partei, besonders Parteitagsdelegierte auf, sich für dieses Ziel zu sammeln. Als Sammelpunkt stellen wir Überlegungen für einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz, einen Entwurf für ein neues Parteistatut und einen Aktionsplan zur Diskussion.

Wir wollen eine Partei, deren Name wirklich zum Programm wird, die sich zur Vereinigung und Einheit der kommunistischen und sozialistischen Strömung der deutschen Arbeiterbewegung in der DDR bekennt. Wir wollen eine Partei des ganzen arbeitenden Volkes, die die Ideale Sozialismus und Humanismus, Arbeit und Wohlstand, Gleichheit und Freiheit, Volksherrschaft und Gemeinwohl, Naturbewahrung und Menschheitsrettung, Solidarität und Internationalismus verficht. Ihr theoretischer Leitfaden ist materialistisches und dialektisches Denken.

Wir wollen eine Partei, die auf dem Boden der Verfassung einer erneuerten DDR im demokratischen Wettstreit und Miteinander für Sozialismus wirkt.

Wir wollen eine Partei, deren Mitglieder Souverän der Partei sind, eine Partei mit Meinungsvielfalt und Einheit der Aktion, Offenheit und Transparenz, Toleranz und Streben nach Konsens.

Wir wollen mit dieser Partei gemeinsam mit anderen politischen Kräften für eine lebenswerte sozialistische deutsche Alternative wirken.

Wir, das sind Arbeiter, Angestellte, Kulturschaffende, Wissenschaftler, Armeeangehörige, Ärzte, Journalisten aus verschiedenen Grundorganisationen des Landes.

Mit diesem Aufruf bildeten wir am 30. 11. 1989 die „Plattform WF".

Am 10. Dezember 1989, 10.00 Uhr, lädt die „Plattform WF" alle Parteitagsdelegierten zur gemeinsamen Beratung in die Humboldt-Universität Berlin ein.

Kontakt-Adresse:

Plattform WF –
BPO VEB Werk für Fernsehelektronik
Ostendstr. 1–16
Berlin, 1160
Gen. Robert Kreibig
Tel.: 63 83 23 12 / 23 13 / 22 06
gez. Andreas Thun, VEB WF
Thomas Falkner, Rundfunk der DDR
Hans-Gert Lacher, Kombinat BVB

In dieser Ausgabe veröffentlichen wir den Entwurf für ein neues Parteistatut. Folgen werden unsere Überlegungen für einen Sozialismus mit menschlichem Gesicht.

Entwurf für ein neues Parteistatut

I. Grundzüge einer Präambel

Die neu zu gewinnende Identität der Partei liegt in folgenden Grundprinzipien:

Der Name der Partei – Sozialistische Einheitspartei – muß wirklich zum Programm der Partei werden. Die Partei bekennt sich zur Vereinigung und Einheit der sozialdemokratischen und kommunistischen Strömung der deutschen Arbeiterbewegung in der DDR.

Die Partei ist Partei des ganzen arbeitenden Volkes. Unsere Gesellschaft ist eine arbeitende Gesellschaft, alle sind dem Prinzip der [redacted] unterworfen. Die verschiedenen arbeitenden Klassen und Schichten haben nicht nur identische Interessen. Eine Partei aller Arbeitenden erkennt diese an und versucht, sie zu integrieren.

Die Partei stützt sich auf die Traditionen und das theoretische Erbe der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Theoretischer Leitfaden der Partei ist materialistisches und dialektisches Denken. Die Partei ist offen für alle theoretischen und konzeptionellen Impulse anderer geistiger und politischer Strömungen, wenn sie der Entfaltung der Persönlichkeit und der Sicherung des Überlebens der Menschheit dienen.

Die Partei versteht sich als Teil einer breiten internationalen Bewegung für sozialen Fortschritt und das Überleben der Menschheit.

Ziel der Partei ist es, die freie Entwicklung eines jeden als Bedingung für die freie Entwicklung aller zu ermöglichen. Das verlangt die Überwindung der Entfremdung der Produzenten von den Produktionsmitteln und der politischen Macht, die umfassende Verwirklichung der Selbstverwaltung des Volkes in allen Bereichen. Die Partei verficht die Ideale des Sozialismus und Humanismus, innerer und äußerer Frieden, Volksherrschaft, Gleichheit und Freiheit, Gemeinwohl, Arbeit und Wohlstand, Naturbewahrung und Menschheitsrettung, Solidarität und Internationalismus. In jeder Phase der Gesellschaftsentwicklung müssen die Mittel bestimmt werden, mit denen diese Ziele und Ideale verwirklicht werden können.

Die Partei versteht den Sozialismus als Prozeß, der zu gestalten ist, nicht als fertiges, abgeschlossenes Ideal, das vorgegeben ist und dem sich die Gesellschaft durch Aufbau und Gestaltung nähert.

Die Partei ist eine politische Organisation, die neben anderen in der Gesellschaft für Sozialismus wirkt und die keine staatlichen Funktionen zu erfüllen hat.

Die Partei sieht sich als Ort freier schöpferischer Diskussion zur Erarbeitung realer Utopien für die sozialistische Entwicklung der Gesellschaft, als Generator von Ideen und Konzeptionen, als ein geistiges Zentrum des gesellschaftlichen Fortschritts.

Die Partei profiliert Genossen, die in staatlichen und gesellschaftlichen Organen und Organisationen bestehen und die Parteipolitik verwirklichen können.

Die Partei kämpft um Mehrheiten bei den Wählern und in den gewählten Machtorganen des Staates, um ihre Politik demokratisch verwirklichen zu können.

Die Partei ist ein Vorbild für Demokratie. Sie ist ein freiwilliger Kampfbund gleichberechtigter Gleichgesinnter. Die Mitglieder sind der Souverän der Partei. In der Partei gelten Meinungsvielfalt und Einheit der Ak-

Arbeit

www.industriesalon.de

tion, sie basiert auf demokratischen Wahlen und demokratischer Kontrolle, sie praktiziert Offenheit und Transparenz, gegenseitige Achtung, Toleranz und Kameradschaftlichkeit, Streben nach Konsens.

Die Partei erkennt die Verfassung der DDR an. Sie wirkt auf dem Boden der Verfassung der DDR und im Rahmen der entsprechenden staatlichen gesetzlichen Regelungen.

Mitglied der Partei kann jeder werden, der das 18. Lebensjahr vollendet hat und länger als sechs Monate in der DDR lebt und arbeitet.

Das Parteimitglied bekennt sich zu folgenden Grundsätzen der Parteiarbeit und verpflichtet sich, sein Handeln daran auszurichten:

– Anerkennung von Programm und Statut der Partei, aktive Verwirklichung von Parteibeschlüssen,
– Organisierung in einer Grundorganisation, Teilnahme am Parteileben, einschließlich der Mitgliederversammlungen,
– Entrichtung der festgelegten Mitgliedsbeiträge,
– aktives und passives Wahlrecht unabhängig von Alter und Dauer der Parteizugehörigkeit,
– Kritik und Selbstkritik als ein Bewegungsgesetz der Partei,
– Streben nach Wahrheit, Ehrlichkeit und Moralität im Handeln, Handeln in Übereinstimmung mit dem eigenen Gewissen,
– Auftreten gegen Faschismus, Nationalismus und Rassismus,
– Freundschaft zur Sowjetunion,
– Auftreten gegen Subjektivismus, Mißachtung der Genossen, Egoismus, Dünkelhaftigkeit, Ignoranz, Schönfärberei und Lobhudelei, gegen Unterdrückung von Kritik.

II. Parteiaufbau und innerparteiliche Demokratie

II.1. Höchste Organe der Partei

1. Die höchsten Organe der Partei sind der Parteitag und zwischen den Parteitagen das Zentralkomitee.
2. **Der Parteitag**
   a) Der Parteitag ist das höchste Organ der Partei. Er beschließt das Programm und das Statut der Partei, legt die Grundlinien der Parteipolitik fest, behandelt beliebige Fragen der Parteipolitik und faßt Beschlüsse.
   b) Der Parteitag beschließt seine Geschäftsordnung.
   c) Der Parteitag beschließt den personellen Umfang des Zentralkomitees.
   d) Der Parteitag wählt das Zentalkomitee, den Parteivorsitzenden und seinen Stellvertreter. Die Wahl erfolgt geheim.
   e) Der Parteivorsitzende und sein Stellvertreter müssen mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Delegierten gewählt werden.
   f) Die dem beschlossenen personellen Umfang des ZK entsprechende Zahl der Kandidaten zum ZK mit dem besten Wahlergebnis bilden das neue ZK. Wenn erforderlich werden Stichwahlen durchgeführt.
   g) Jeder Delegierte des Parteitages oder beliebige Gruppen von Parteitagsdelegierten haben das Recht, Wahlvorschläge zu den zu wählenden Organen zu unterbreiten.
   Die vorgeschlagenen Kandidaten müssen nicht Delegierte des Parteitages sein.
3. Einberufung des Parteitages
   a) Parteitage werden mindestens einmal in drei Jahren einberufen.
   b) Das Recht, einen Parteitag einzuberufen, haben das ZK, der Parteivorsitzende, ein Drittel der Kreisorganisationen und 15 Prozent der Grundorganisationen der Partei.
   Die Beschlüsse zur Einberufung von Parteitagen werden auf Tagungen des ZK, der entsprechenden Zahl von Kreiskomitees bzw. durch die entsprechende Zahl von Grundorganisationsversammlungen mit absoluter Mehrheit gefaßt.
   c) Das oder die Organe, die den Parteitag einberufen, übernehmen die Vorbereitung des Parteitages.
   Der Apparat des ZK leistet dem bzw. den einberufenden Organen organisatorische Hilfe.
   d) Das bzw. die Parteiorgane, die den Parteitag einberufen, unterbreiten der Partei Thesen zum Parteitag, die Grundlage der Parteidiskussion zur Vorbereitung des Parteitages sind.
4. Wahlen der Parteitagsdelegierten
   a) Die Delegierten zum Parteitag werden von den Parteimitgliedern in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl direkt gewählt.
   b) Der Delegiertenschlüssel wird von dem bzw. den Parteiorganen festgelegt, die den Parteitag einberufen.
   c) Jede Kreisorganisation der Partei bildet einen Wahlkreis. Entsprechend dem Delegiertenschlüssel und der Mitgliederstärke der Kreisorganisation werden die Parteitagsdelegierten aus jeder Kreisorganisation gewählt.
   d) Das ZK wählt eine zentrale Wahlkommission, die Kreiskomitees wählen Kreiswahlkommissionen, die für die Organisation und Durchführung der Wahlen verantwortliche sind. Die Wahlkommissionen informieren die Mitglieder über ihre Tätigkeit.
   e) Jedes Parteimitglied sowie die Struktureinheiten – Parteigruppe, Grundorganisation, Kreiskomitee – haben das Recht, Kandidaten aufzustellen.
   Jedes Mitglied hat das Recht, sich selbst als Kandidat aufzustellen.
   f) Jeder Kandidat kandidiert nur in einer beliebigen Kreisorganisation (Wahlkreis).
   Jeder Kandidat braucht, um als Kandidat registriert und auf die Wahlliste gesetzt zu werden, die Zustimmung einer Grundorganisation des Wahlkreises, in dem er kandidiert, mit einer Mehrheit von zwei Dritteln.
   Die Kreiswahlkommissionen registrieren den Kandidaten. Die Wahlkommissionen und die Parteipresse ermöglichen, daß die registrierten Kandidaten sich den Mitgliedern vorstellen und ihr Wahlprogramm propagieren können.
   g) Entsprechend der in der Kreisorganisation zu wählenden Anzahl von Delegierten gelten die Kandidaten, die die meisten Stimmen auf sich vereinen konnten, als gewählte Parteitagsdelegierte. Wenn erforderlich werden Stichwahlen durchgeführt.
   h) Die Mitglieder des ZK sind berechtigt, an den Beratungen des Parteitages teilzunehmen. Stimmberechtigt sind sie, wenn sie entsprechend dem Statut als Delegierte des Parteitages gewählt sind.
5. Die Delegierten einer Kreisorganisation treten auf dem Parteitag nicht als Kreisdelegation auf (diese Gliederung dient nur organisatorischen Zwecken).
   Im Namen einer bestimmten Gruppe von Delegierten kann nur gesprochen werden, wenn alle Mitglieder dem zugestimmt haben.
6. **Das Zentralkomitee**
   Das Zentralkomitee ist das höchste Organ der Partei zwischen den Parteitagen. Es führt die Partei. Es faßt Beschlüsse zur Parteipolitik auf Plenartagungen.
   Das ZK ist ein Arbeitsorgan. Es tagt mindestens einmal in zwei Monaten.
7. Der Apparat des Zentralkomitees
   a) Das ZK schafft sich einen Hilfsapparat in Form von Kommissionen des ZK.
   b) Das ZK beschließt die Anzahl und die Arbeitsbereiche ständiger oder zeitweiliger Kommissionen.
   c) Das ZK wählt die Sekretäre der ZK-Kommissionen.
   d) Die Kommissionen bestehen mindestens zur Hälfte aus ehrenamtlichen politischen Mitarbeitern. Haupt- und ehrenamtliche politische Mitarbeiter sind gleichberechtigt.
   Das ZK bestätigt die politischen Mitarbeiter der Kommissionen des ZK.
   e) Den wissenschaftlichen und technischen Apparat der Kommissionen schaffen sich die Kommissionen im Rahmen des vom ZK bestätigten Budgets der Kommissionen selbst.
   f) Die politischen Mitarbeiter der Kommissionen haben das Recht, sich mit Anträgen zur Tätigkeit ihres Kommissionssekretärs an das ZK zu wenden.
   g) Die Kommissionen arbeiten selbständig. Sie erfüllen Aufträge des ZK und sind diesem rechenschaftspflichtig.
   h) Jedes Mitglied des ZK kann in einer oder mehreren Kommissionen des ZK nach eigener Wahl mitarbeiten.
8. Tagungen des Zentralkomitees
   Das ZK tritt zu Plenartagungen auf Einberufung durch den Parteivorsitzenden oder auf Forderung von mindestens einem Viertel der ZK-Mitglieder entsprechend der Fristenregelung des Statuts zusammen.
9. Tagungen des ZK sind allen Parteimitgliedern zugänglich. Gleiches gilt für die Parteimedien. Ausnahmen beschließt das ZK.
   Eine umfassende Information der Öffentlichkeit über die Tätigkeit des ZK ist in geeigneter Art und Weise zu gewährleisten.
10. Die Partei sichert die materiellen und finanziellen Voraussetzungen, damit die Mitglieder des ZK ihre Rechte und Pflichten wahrnehmen können.
11. **Der Parteivorsitzende**
    a) Der Parteivorsitzende ist der höchste Repräsentant der Partei. Zum Parteivorsitzenden wird ein Genosse gewählt, der durch seine Energie und Kompetenz hohe Autorität in der Partei und in der Gesellschaft genießt und die Politik der Partei verkörpert.
    b) Der Parteivorsitzende leitet die Tagungen des ZK. Er bereitet die Tagesordnungen für die ZK-Tagungen vor.
    c) Der Parteivorsitzende koordiniert die Arbeit der Kommission des ZK und leitet Beratungen der Kommissionssekretäre. Die Beratungen der Kommissionssekretäre bilden kein Beschlußorgan der Partei.
12. Der stellvertretende Parteivorsitzende
    a) Der stellvertretende Parteivorsitzende vertritt den Parteivorsitzenden, wenn dieser seine Funktion zeitweilig nicht wahrnehmen kann.
    b) Der stellvertretende Parteivorsitzende leitet die Kommission des ZK über Einhaltung von Programm und Statut in der Partei.
13. Das ZK kann dem Parteivorsitzenden und/oder seinem Stellvertreter das Mißtrauen aussprechen. Das Mißtrauensvotum erfordert eine absolute Mehrheit. Im entsprechenden Fall wird ein Parteitag einberufen.

II.2. Die Kreis- und Grundorganisationen der Partei

14. Die Partei ist in drei Ebenen gegliedert: die zentrale Ebene, die mittlere Ebene der Kreisorganisationen und die untere Ebene der Grundorganisationen.

Das ZK beschließt die Gründung von Kreisorganisationen (Verleihung des Status einer Kreisorganisation).

Im Rahmen der Beschlüsse der zentralen Parteiorgane wirken die Kreis- und Grundorganisationen selbständig.

15. **Die Kreisorganisation**
    a) Die Mitglieder der Kreisorganisation wählen in allgemeinen und geheimen Wahlen direkt das Kreiskomitee der Partei und den Kreisvorsitzenden der Partei.
    b) Die Wahlen erfolgen nach dem gleichen Modus wie auf zentraler Ebene.
16. Die Kreiskomitees bilden ihre Kommissionen, einschließlich der Kommissionssekretäre, nach dem gleichen Modus wie das ZK seinen Apparat. Die Kreiskomiteekommissionen wirken nach den gleichen Prinzipien wie die ZK-Kommissionen.
17. Der Kreisvorsitzende der Partei wirkt nach den gleichen Prinzipien wie der Parteivorsitzende.
18. a) Die Kreiskomitees stehen unter Anleitung und Kontrolle unmittelbar durch das ZK. ZK-Beschlüsse sind bindend.
    b) Die Kommissionen des ZK können den Kreisorganisationen direkt keine Anweisungen und Richtlinien erteilen. Sie können Hinweise und Empfehlungen für die Kreisorganisation erarbeiten.
19. Verhältnis ZK–Kreisorganisation
    a) ZK-Beschlüsse sind verbindlich. Beschlüsse von Kreiskomitees können durch ZK-Beschluß aufgehoben werden.
    b) Die Kreiskomitees haben das Recht, gegen ZK-Beschlüsse Beschwerde beim ZK einzulegen.
    Nach erfolgloser einvernehmlicher Beilegung des Konflikts und nach erfolgloser Vermittlung durch den Parteivorsitzenden entscheidet der Parteivorsitzende in der Sache endgültig.
20. Verhältnis Kreiskomitee –Grundorganisation
    a) Beschlüsse der Kreiskomitees sind für die Grundorganisationen des entsprechenden Territoriums oder Bereiches bindend.
    b) Ein Beschluß des Kreiskomitees muß auf Verlangen von einem Viertel der zur Kreisorganisation gehörenden Grundorganisationen erneut verhandelt werden. Ein zweiter Beschluß eines Kreiskomitees zur gleichen Sache ist für die Grundorganisationen endgültig.
    c) Jede Grundorganisation hat das Recht, über Beschlüsse ihres Kreiskomitees beim ZK ihre Beschwerden vorzubringen. Das ZK entscheidet entsprechend seiner Kompetenzen auf der nächsten, spätestens auf der übernächsten ZK-Tagung.
21. **Die Grundorganisation**
    a) Die Grundorganisationen der Partei sind entweder nicht oder in Parteigruppen untergliedert.
    b) Über die Formierung der Grundorganisationen entscheidet das Kreiskomitee.
22. Die Wahl der Komitees der Grundorganisationen erfolgt nach dem gleichen Modus wie die der Komitees der mittleren und zentralen Ebene.
    Die Grundorganisation wählt den Vorsitzenden der Grundorganisation.
    Die Grundorganisationskomitees setzen nach eigenem Ermessen Kommissionen zur Unterstützung ihrer Arbeit ein. Die Kommissionen, einschließlich der Sekretäre, arbeiten nach den gleichen Prinzipien wie die Kommissionen des ZK und der Kreiskomitees.
23. Das höchste Organ der Grundorganisation ist die Versammlung der Mitglie-

www.industriesalon.de

der der Grundorganisation. Die Mitgliederversammlung tritt mindestens einmal in zwei Monaten zusammen.

24. **Die Parteigruppe**
a) Die Grundorganisation entscheidet über ihre Untergliederung.
b) In untergliederten Grundorganisationen wählen die Parteigruppen Parteigruppenorganisatoren und deren Stellvertreter. Beide sind Mitglieder der Grundorganisationskomitees mit beratender Stimme. Sie organisieren die Parteiarbeit in ihren Gruppen und sichern die Verbindung zwischen den Mitgliedern und den Grundorganisationskomitees.
c) Die Parteigruppen treten monatlich zu Parteigruppenversammlungen zusammen, auf denen Fragen der Parteipolitik und -tätigkeit erörtert werden.
25. In größeren Betrieben, Einrichtungen und Institutionen, die in Grundorganisationen untergliedert sind, jedoch nicht den Status einer Kreisorganisation haben, können sich die Vorsitzenden der Grundorganisationen zu Beratungen zusammenfinden, um die Parteiarbeit im Bereich zu koordinieren.

II.3. Allgemeine Prinzipien des innerparteilichen Lebens

26. In den gewählten Leitungsorganen hat jedes Leitungsmitglied oder jede beliebige Gruppe von Leitungsmitgliedern das Recht, Beschlußentwürfe oder Projekte, Anträge zu eingebrachten Beschlußentwürfen oder Projekten einzubringen sowie beliebige Fragen der Parteipolitik aufzuwerfen.
27. Alle Mitglieder und Struktureinheiten der Partei haben das Recht, sich zu allen Fragen der Parteipolitik und -tätigkeit zu äußern, auch wenn dazu schon Beschlüsse gefaßt sind. Ein Beschluß der Partei regelt das Handeln der Mitglieder, er kann nicht das Recht auf freie Diskussion in der Partei einschränken.
28. Entscheidungsfindung
a) Die Beschlußfassung erfolgt in der Partei nur durch die im Statut festgelegten gewählten Beschlußorgane der Partei. Nur sie haben das Recht – für den jeweiligen Kompetenzbereich –, Beschlüsse der Partei zu fassen.
b) Die für die Mitglieder verbindliche Politik der Partei wird nur durch Parteibeschlüsse gebildet.
c) Die Beschlußorgane der Partei müssen ausweisen, ob es sich bei einem angenommenen Dokument um einen Beschluß handelt oder nicht. Der Gegenstand (Inhalt) der Beschlüsse muß genau bezeichnet und abgegrenzt sein. Beschlüsse, die diesen Kriterien nicht entsprechen, haben keine Gültigkeit.
29. Meinungsbildung
Im Meinungsbildungsprozeß in der Partei haben jedes Mitglied und jede Struktureinheit der Partei das Recht, mit beliebigen anderen Mitgliedern und Struktureinheiten in Kontakt zu treten und Parteifragen zu erörtern. Zu diesem Zweck können sich vielfältige, auch ständige Foren wie Arbeitsgemeinschaften, Interessengruppen, Studienzirkel u. ä. bilden, die das Recht haben, sich mit ihren Ideen und Vorschlägen an die Parteiöffentlichkeit zu wenden.
30. Jedes Mitglied und jede Struktureinheit der Partei hat das Recht, sich an die höheren Parteiorgane zu wenden. Die Grundorganisationen und die Kreiskomitees haben das Recht, sich mit Anträgen direkt an den Parteitag zu wenden. Die Anträge werden auf dem Parteitag verhandelt.
31. Jedes Mitglied und jede Struktureinheit der Partei hat das Recht, wenn eine Anfrage an ein Parteiorgan gerichtet wird, eine Antwort zum Wesen der Frage von der nächsten oder übernächsten Tagung des angesprochenen Organs zu erhalten.
32. In Vorbereitung und Durchführung von Wahlen in der Partei ist es möglich, Plattformen zu bilden.
33. Die Beschlußorgane der Partei oder ein Drittel der jeweils untergeordneten Struktureinheiten können die Durchführung von Parteidiskussionen im jeweiligen Geltungsbereich des Organs beschließen bzw. fordern.
34. In außergewöhnlichen Situationen kann in der Partei bzw. in den Kreis- oder Grundorganisationen eine Urabstimmung zu einzelnen Fragen durchgeführt werden. Die Durchführung wird nach dem gleichen Modus beschlossen wie die Einberufung eines Parteitages bzw. durch die Kreis- oder Grundorganisationskomitees oder durch ein Drittel der Grundorganisationen einer Kreisorganisation bzw. ein Drittel der Mitglieder einer Grundorganisation.
35. Jedes Mitglied und jede Struktureinheit der Partei hat das Recht, andere Mitglieder und Struktureinheiten der Partei frei und offen zu kritisieren. Für ungerechtfertigte Kritik hat sich der Kritisierende zu verantworten.
36. Für gewählte Funktionäre der Partei, einschließlich der Kommissionssekretäre und politischen Mitarbeiter der Kommissionen, gilt eine Altersbegrenzung von 65 Jahren für die Ausübung von Funktionen.
Zum Zeitpunkt der Wahl oder Bestätigung darf das entsprechende Mitglied nicht länger als 10 Jahre schon in der einzunehmenden Funktion gearbeitet haben.
Die Partei unterstützt, wenn es erforderlich ist, aus ihren Funktionen ausscheidende hauptamtliche Parteifunktionäre bei der Suche einer neuen Arbeitstätigkeit.
Hauptamtliche Parteifunktionäre unterliegen dem Leistungsprinzip.
Die Partei gewährleistet die Voraussetzungen, damit ehrenamtliche Parteifunktionäre ihre Aufgaben wahrnehmen können.

II.4. Mitgliedschaft in der SED

38. Parteieintritt
Die Aufnahme in die SED erfolgt individuell. Der Antragsteller bittet eine Grundorganisation um Aufnahme.
Die Grundorganisation prüft, ob der Antragsteller Programm und Statut der Partei, Rechte und Pflichten eines Parteimitgliedes anerkennt, aktiv für die Ziele der Partei zu wirken bereit ist, die Partei mit seiner Mitgliedschaft diskreditiert wäre und die Partei durch seine Aufnahme gestärkt wird.
Die Aufnahme erfolgt durch dir Mitgliederversammlung der Grundorganisation mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit.
39. Beendigung der Mitgliedschaft
a) Die Mitgliedschaft endet durch Austritt, Ausschluß oder Tod.
b) Ein Mitglied kann durch die Mitgliederversammlung der Grundorganisation, in der es wirkt, mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit ausgeschlossen werden, wenn es den Anforderungen an ein Parteimitglied nicht mehr gerecht wird.
Das Mitglied hat das Recht, anwesend zu sein, wenn die Mitgliederversammlung zu seiner Person verhandelt.
c) Das ausgeschlossene Mitglied kann gegen seinen Ausschluß bei übergeordneten Parteiorganisationen Berufung einlegen.
40. Wie der Eintritt in die Partei freiwillig erfolgt, so ist der Austritt frei und ungehindert.
Ein Wiedereintritt in die Partei unterliegt keinen besonderen Bestimmungen. Er erfolgt nach Punkt 38 des Statuts.
Ein ausgeschlossenes Mitglied kann einen Antrag auf Wiederaufnahme in die Partei stellen.

III. Fraktionen, Abgeordnete und Funktionäre der Partei in staatlichen Organen und gesellschaftlichen Organisationen

41. Mitglieder der Partei in den gewählten Volksvertretungen
a) Die Abgeordneten der Partei haben ihre Tätigkeit vor ihren Wählern und den Bürgern des Landes zu verantworten.
b) Fraktionen und Abgeordnete der Partei arbeiten selbständig. Sie wirken in den Volksvertretungen im Sinne des Programms und anderer programmatischer Dokumente der Partei.
c) Die Fraktionen der Partei nehmen an den Tagungen der gewählten Parteiorgane mit beratender Stimme teil. Sie lassen sich in ihrer Abgeordnetentätigkeit von den Beschlüssen der entsprechenden Parteiorgane leiten.
d) Die Fraktionen wählen aus ihrer Mittel den Fraktionsvorsitzenden, der durch das entsprechende Parteikomitee bestätigt wird. Der Fraktionsvorsitzende erstattet dem Parteikomitee regelmäßig Bericht über die Tätigkeit der Fraktion.
e) Das Parteikomitee kann dem entsprechenden Fraktionsvorsitzenden das Mißtrauen aussprechen. In diesem Fall wählt die Fraktion einen neuen Fraktionsvorsitzenden.
f) Der Fraktionsvorsitzende koordiniert die Arbeit der Fraktion. Er ist der Fraktionssprecher in der jeweiligen Volksvertretung.
42. Mitglieder der Partei in gesellschaftlichen Organisationen
Die Mitglieder und Mandatsträger gesellschaftlicher Organisationen, die Parteimitglieder sind, erfüllen Programm und Statut der entsprechenden gesellschaftlichen Organisaton. Sie wirken in den gesellschaftlichen Organisationen als Mitglieder der Partei im Sinne des Parteiprogramms.
43. Mitglieder der Partei im Staatsapparat
Mitglieder der Partei, die staatliche Funktionen innehaben, erfüllen strikt die Verpflichtungen, die mit ihrem Amt verbunden sind. Sie lassen sich in ihren Funktionen von den entsprechenden Beschlüssen der Partei leiten.

IV. Die Finanzmittel der Partei

44. Mitgliedsbeiträge, Einnahmen aus Parteibetrieben, Zuwendungen
a) aus dem Staatshaushalt entsprechend dem Parteiengesetz und nachfolgenden gesetzlichen Bestimmungen sowie Spenden bilden die Finanzmittel der Partei.
b) Die monatlichen Mitgliedsbeiträge werden prozentual vom Nettoeinkommen entrichtet. Die konkreten Regelungen beschließt der Parteitag.
c) Über die Annahme von Spenden entscheidet das ZK.
d) Das ZK legt der Partei jährlich einen Finanzbericht vor. Der Bericht des ZK an den Parteitag enthält einen Finanzbericht über die gesamte Wahlperiode.
e) Das ZK entscheidet über die Verteilung der Finanzmittel in der Partei.
Über die Verwendung ihrer Finanzmittel entscheidet das jeweilige gewählte Parteiorgan. Die Parteikomitees legen in ihrem Bereich jährlich einen Finanzbericht vor.

Kommentare zum Statutentwurf

Die Ursachen für die Gesellschafts- und Parteikrise liegen im existierenden Gesellschaftsmodell und im bestehenden Typ der Partei, die ihren Ursprung im Stalinismus haben.

Die Partei stand über der Gesellschaft, über dem Staat und dem Recht. Letztendlich war die Partei allgegenwärtig und allesbeherrschend. Der Partei stand das oberste Entscheidungsrecht in allen einigermaßen bedeutenden gesellschaftlichen Angelegenheiten zu. Die Partei wähnte sich allwissend und unfehlbar und handelt dementsprechend. Sie hatte immer die einzig richtige Anwort auf alle Fragen.

Die Partei verstand sich als der „bewußte Vortrupp der Arbeiterklasse", d. h. alle anderen können nicht das nötige Bewußtsein haben. Die Partei vereinigte „die fortschrittlichsten" Angehörigen verschiedener Klassen und Schichten, d. h. alle außerhalb der Partei können nicht so fortschrittlich sein wie die Parteimitglieder, wenn nicht gar überhaupt fortschrittsunfähig. Die Partei ist die „höchste Form der gesellschaftlich-politischen Organisation der Arbeiterklasse", d. h. alle anderen Organisationen sind niedere, minderwertige politische Formen. Die Partei ist die „führende Kraft der sozialistischen Gesellschaft, aller Organisationen der Arbeiterklasse und der Werktätigen, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen", d. h. alle Bürger des Landes wurden – unabhängig von ihrem Willen – von der Partei vereinnahmt.

Die Partei selbst war ein „freiwilliger Kampfbund Gleichgesinnter" nur auf dem Papier. In der Realität war sie eine nach militärischen Regeln funktionierende Organisation. Im Vordergrund der Parteitätigkeit stand die „operative" Arbeit, das Administrieren, das Disziplinieren, z. T. nach halbkonspirativen Regeln.

Die Parteimitglieder wurden in hohem Maße ihrer Individualität beraubt und zu mehr oder weniger rechtlosen und hörigen Untergebenen der Leitungen, besonders deren Apparate gemacht. Gefragt waren Treue und Ergebenheit, monolithische Einheit und Geschlossenheit, Reinheit und Disziplin. Der vorherrschende Typ des Parteifunktionärs war der willfährige, Bürokrat, der operativ Tätige, der Organisierer. Ignoranz und Dünkel waren weit verbreitet.

Wenn es um eine neue Identität der Partei geht, muß vor allem klar sein, daß wir uns von unserer stalinistisch-kommunistischen Identität lösen müssen.

In der Partei muß vor allem die Demokratie voll und ganz in ihre Rechte gesetzt werden. Die Partei muß sich vor allem als ein Teil einer demokratischen sozialistischen Gesellschaft begreifen.

Ein Anspruch auf politische Führung formuliert jede Partei; wozu sollte es sonst politsche Parteien geben? Politische Führung kann nur infolge von Akzeptanz durch Bürger (Wähler) realisiert und muß immer neu umkämpft werden.

Die „führende Rolle der Partei" hat ihren Ursprung im Kommunistischen Manifest: Die Kommunisten haben theoretisch die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus. Gleichzeitig sind für Marx und Engels die Kommunisten gegenüber anderen Arbeiterparteien keine besondere Partei, haben sie keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen und stellen sie keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie

www.industriesalon.de

die proletarische Bewegung modeln wollen.

Dieser subjektive Anspruch auf geistige Führung wurde in der weiteren Entwicklung mehr und mehr als eine objektive Realität aufgefaßt. Daraus entwikkelte sich das Wahrheitsmonopol und nach der Eroberung der politischen Macht das Machtmonopol der Partei. Jedes Monopol führt aber letztendlich zu Parasitismus, Fäulnis und Niedergang.

Der Führungsanspruch kann also nicht mehr sein als subjektive Überzeugung, als Selbstbewußtsein, als subjektiver Handlungsantrieb, er kann nicht jemandem administrativ aufgezwungen werden, der nicht dieser Überzeugung ist, er kann nicht ein für allemal objektiv gegeben sein.

Punkt 4, 15, 22.

Grundprinzip der Wahlen in der Partei ist die Direktwahl. Das Wahlmännersystem in Form der verschiedenen Stufen der Delegiertenkonferenzen, bei dem das Wahlverhalten der Delegierten nicht eindeutig vorher feststeht, stellt eine Einschränkung der Demokratie dar. Die Mitglieder haben bisher nur sehr vermittelten Einfluß auf die Formierung der Leitungsorgane. Übergroßer Einfluß der Leitung, vor allem der Apparate sind an der Tagesordnung. Die Leitungen reproduzieren sich durch und meist aus sich selbst. Die Partei ist geteilt in unten und oben.

Punkt 6, 7, 11

Neben dem Parteitag und dem ZK gibt es keine weiteren höchsten Parteiorgane. Die Autorität des ZK muß unbedingt erhöht werden. Ein Politbüro und ein Sekretariat des ZK sind nicht mehr erforderlich. Das ZK entscheidet zukünftig in seiner Kompetenz unmittelbar die Angelegenheiten der Partei. Die Partei ist so reif, daß das ZK nicht mehr einen Teil seiner Rechte an zwei weitere Organe abgibt. Die Existenz zweier, personell kleiner Organe mit großen Vollmachten ermöglichte eine anonyme, autoritäre Kabinettspolitik. Die vielstufige Einengung der Demokratie – Parteitag–ZK–Sekretariat–Politbüro – ist historisch entstanden (Partei der Bolschewiki) und ist seit längerem historisch überlebt. Heute ist es noch so, daß das ZK Rechte an Organe abgibt, die ihm eigentlich unterstehen. Heute ist der ZK-Apparat ein Apparat des Sekretariats und nicht des ZK selbst.

Die neu zu wählenden Kommissionen sind Kommissionen unmittelbar des ZK, sie bilden kein Sekretariat. Die Parteistruktur wird einfacher, über- und durchschaubarer.

Sekretariat und Politbüro werden auch deshalb überflüssig, weil mit der Neubestimmung des Verhältnisses von Partei und Staat (Entflechtung) die vielen großen, kleinen und kleinsten Fragen der laufenden staatlichen und gesellschaftlichen Angelegenheiten nicht mehr von obersten operativen Parteiorganen entschieden werden. Mit der Erhöhung der Selbständigkeit der mittleren und unteren Ebene der Partei, mit der Parteidezentralisierung bedürfen auch viele laufende Parteiangelegenheiten keiner Entscheidung oberster operativer Parteiorgane mehr.

Die Diskreditierung der Partei ist in hohem Maße mit der Institution Politbüro verbunden.

Die konzeptionelle Arbeit, die in Zukunft im Mittelpunkt der Arbeit des ZK stehen muß, kann ohne weiteres im ZK selbst und seinen Kommissionen gleistet werden.

Punkt 11

Der Parteivorsitzende ist kein eigenständiges, drittes oberstes Organ der Partei. Er ist der höchste Repräsentant der Partei, der bestimmte Funktionen zu erfüllen hat und mit entsprechenden Rechten ausgestattet ist.

Punkt 14

Die Straffung der Parteistrukturen macht die Vermittlungsebene der Bezirksleitungen überflüssig. Das bisherige Verständnis der führenden Rolle der Partei, wonach letztlich die Parteiapparate alle Fragen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens entschieden, verlangt, die staatlichen Strukturen territorial und fachspezifisch genau zu dublieren.

Neue Strukturen der Partei müssen dem neuen Parteiverständnis entsprechen. Neu in den Vordergrund tretende Aufgabengebiete der Partei sowie die Effektivität der Parteiarbeit erfordern und die Größe des Landes sowie das Qualifikationsniveau der Mitglieder ermöglichen die direkte Führung der mittleren Ebene durch das ZK und die größere Eigenständigkeit der mittleren Ebene. Zentrale und Basis brauchen keine Vermittlungsglieder mehr.

Mit den notwendigen staatlichen Reformen (Wirtschafts- und Verwaltungsreform) werden in einem Land wie der DDR wahrscheinlich auch die staatlichen Bezirksstrukturen überflüssig. In der Volkskammer vertretene Parteien schlagen schon die Wiedererrichtung der Länder vor.

Die Frage, ob es Bezirkskomitees oder Länderkomitees der Partei geben sollte, kann letztlich erst nach der Veränderung der staatlichen Strukturen entschieden werden. Auf jeden Fall müßten diese Parteiebenen nach den gleichen Prinzipien wirken wie es im vorliegenden Statutentwurf für die anderen Ebenen vorgeschlagen wird.

Punkt 21. 24.

Ebenso wie die zentrale und mittlere Ebene muß auch die untere Ebene einfach und überschaubar gegliedert sein. Es sollte nur noch Grundorganisationen und Parteigruppen geben. Die Partei in Betrieben, Einrichtungen und Institutionen muß so gegliedert werden, daß sie in das Schema Parteigruppe–Grundorganisation–Kreisorganisation paßt. Abteilungsparteiorganisationen, Parteiaktive und deren Tagungen, zentrale Parteileitungen, Parteibeauftragte usw. dürfte es nicht mehr geben. Alle diese Stufen schränken die Demokratie ein und sind mehr oder weniger den Apparaten ausgeliefert. Wer z.B. zum Aktiv gehört oder nicht, legt derzeit die jeweilige Leitung fest. Parteiaktivtagungen sprechen aber im Namen aller Mitglieder des jeweiligen Bereiches und fassen Beschlüsse.

Punkt 23. 24.

Die Praxis, so kleine wie möglich Parteigruppen zu bilden, muß überwunden werden. Das ist ein überholtes, halbillegales Prinzip.

Die Atomisierung der Partei hat sich überlebt. Kleine Parteigruppen finden kaum Gehör. Die dort geführten Diskussionen dienen mehr dem ‚Dampfablassen' sowie der ‚Erziehung' und Disziplinierung der Mitglieder. Die Vergrößerung der Parteigruppen würde auch für alle Zeiteinsparung bedeuten.

Punkt 25.

Die Regelung dessen, wo sich die Partei organisieren kann, bleibt einem Parteiengesetz vorbehalten. Danach wäre das Statut endgültig fertigzustellen. Am demokratischsten wäre es, wenn ein Parteiengesetz es den Parteien und Organisationen freistellen würde, wo und wie sie sich organisieren. Jede Partei könnte also z.B. selbst entscheiden, ob sie Betriebsgruppen bildet oder nicht. Allerdings dürften nur die Gewerkschaften direkt in den Betrieben und Einrichtungen präsent sein. Das heißt, Parteibüros u.ä. dürften nicht eingerichtet, Parteiveranstaltungen nicht in der Arbeitszeit und nur mit Genehmigung der Direktion in den Einrichtungen durchgeführt werden.

Punkt 37.

Die Nomenklatur in der Partei wird abgeschafft. Die gesamte Kaderarbeit muß neu geregelt werden.

Punkt 38.

Die Kandidatenzeit und die zwei Bürgschaften entfallen. Damit wird die Aufnahme entmythologisiert und entritualisiert. Mehrere Hürden, um Mitglied der Partei zu werden, schaffen den Eindruck, in einen erlauchten Kreis aufgenommen zu werden und behindern das notwendige Selbstbewußtsein, freiwillig in einen Bund Gleichgesinnter einzutreten. Kandidatenzeit und Bürgschaften sind Überbleibsel aus anderen historischen Bedingungen, teilweise Bedingungen der Illegalität. Heute sind die Bedingungen so, daß die Mitglieder den Antragsteller aus gemeinsamer Arbeit kennen.

Punkt 39.

Parteistrafen werden abgeschafft. Sie sind ein untaugliches Erziehungsmittel und dienen nur der Disziplinierung. Strafen sind in einer militärischen Organisation angebracht, wo Gehorsam herrschen muß, einem Bund Gleichgesinnter mit bewußter Disziplin aber unwürdig. In einer Organisation, in der Ehrlichkeit, Wahrheit und Kameradschaftlichkeit herrschen, sind Strafen überflüssig, in einer solchen Organisation sind Kritik und Selbstkritik die besten Regulativmittel für das Verhalten der Mitglieder. Wenn notwendig, kann die Grundorganisation ein Mitglied ausschließen.

ohne Punkt

Im neuen Statut kann es keine Aussage mehr zur FDJ geben. Die FDJ ist eine selbständige, unabhängige Organisation. Sie muß in ihren Dokumenten ihre Position in der Gesellschaft – und wenn sie es für notwendig erachtet auch zur Partei – bestimmen. Es kann jedoch nicht sein, daß im Statut der Partei für eine andere Organisation – so wie bisher für die FDJ – Festlegungen getroffen werden. Die FDJ ist keine Parteijugendorganisation, sondern versteht sich als nationaler Jugendverband.

ohne Punkt

ZK und Kreiskomitees können im Rahmen ihrer Kommissionen auch Revisionskommissionen bilden. Diese dürfen jedoch nicht wie bisher, weitere Leitungsorgane darstellen. Das Recht zur Revision verbleibt unmittelbar bei den Leitungsorganen.

ohne Punkt

Die Zentrale Parteikontrollkommission in ihrer bisherigen Form und Arbeitsweise war dem ZK unterstellt und diente als Mittel der Kontrolle der Parteibasis durch die Leitungsapparate. Damit war die Leninsche Praxis der Kontrollkommissionen nach stalinschem Muster von den Füßen auf den Kopf gestellt. Zu Lenins Zeiten war die Kontrollkommission neben dem ZK ein gleichberechtigtes Organ, das vor allem der Kontrolle der zentralen Parteiorgane diente. In einer demokratisch funktionierenden Partei braucht es keine extra Kontrollorgane. Die Mitglieder selbst kontrollieren ihre Organisation durch demokratische Mechanismen in einfachen, überschaubaren Strukturen. Die Komitees entscheiden über die Organisierung der Kontrolle im Rahmen ihrer Kommissionen.

Dieser Entwurf wurde erarbeitet von den Genossen Joachim Thron, Michael Geiger und Dirk Emmerich der Akademie für Gesellschaftswissenschaften.

Kontakt-Adressen:

Achim Thron, Krügerstraße 19, Berlin, 1071
Tel.: 4 49 78 90

Michael Geiger, Phloxstraße 6, Berlin, 1147

Dirk Emmerich, Grünbergerstraße 18, Berlin, 1034
Tel.: 5 88 14 26

Der Herausgeber dieser Zeitung ist die Leitung der SED-Betriebsparteiorganisation im VEB WF im Kombinat Mikroelektronik. Der „WF-Sender" erscheint unter der Lizenz-Nr. 5017 B des Magistrats von Berlin, Hauptstadt der DDR. Druck: 140 (ND).

Wir danken allen Kollegen der Druckerei Neues Deutschland, die das Erscheinen dieser Ausgabe ermöglichten.